

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigen 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 1945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 260

Montag, den 7. November 1921

12. Jahrgang

## Der Parteitag der Festigung und des Aufbaus.

### Die Tagung der Sozialdemokratischen Partei des Freistaates.

Auf den Verlauf wie auch auf die von dem außerordentlichen Parteitag geleistete Arbeit können die nunmehr wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrten Delegierten mit Genugtuung und Freude zurückblicken. In einer verhältnismäßig kurzen Tagungszeit hat der Parteitag in eifriger, sachlicher Arbeit die ihm gestellten Aufgaben bewältigt und der Partei, wie wir mit erfreulicher Gewißheit hoffen dürfen, die Bahn zu einer erfolgreichen Aufwärtsentwicklung freigemacht. Der Parteitag gab den besten Beweis dafür, daß die starke Festigung der deutschen Sozialdemokratischen Partei, von der unser alter Genosse Molkenbühr in seinem trefflichen Bericht über den Göttinger Parteitag berichten konnte, sich auch in der sozialdemokratischen Partei für den Freistaat auswirkt. Konnte bereits der letzte ordentliche Parteitag einen Bericht über die organisatorischen Fortschritte der Partei im letzten Jahre entgegennehmen, so legte dieser außerordentliche Parteitag Zeugnis ab, von der auch in den ländlichen Ortsvereinen zu verzeichnenden geistigen Klärung und Festigung. Dies trat besonders auch bei der durch einen Antrag Neutelsch entfallenen Aussprache über die Einigungsfrage in den Vordergrund. Die Stellungnahme, die sowohl von den Arbeitern aus der Stadt wie vom Lande zu dieser Frage eingenommen wurde, ließ die Klärung erkennen, die selbst bis in die Kreise der ländlichen arbeitenden Bevölkerung über die grundsätzlichen Beziehungen der Arbeiterparteien zu verzeichnen ist. Und wenn auch alle Redner ausnahmslos dem Wunsche auf baldige Vereinigung der Arbeiterparteien Ausdruck gaben, so geschah dies stets unter ausdrücklicher Betonung, daß der alte bewährte Kampfboden der sozialdemokratischen Partei nicht verlassen werden dürfe.

Diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung kam besonders auch in der Stellungnahme des Parteitages zur Programfrage zum Ausdruck. Einstimmig wurde der eingesetzten Programmkommission als Grundlage für den theoretischen Teil des zu schaffenden Programms der Partei für den Freistaat die Einleitung des Göttinger Programms als Unterlage mit auf den Weg zu geben. Der praktische Teil des Programms soll unter Berücksichtigung der besonderen Freistaat-Verhältnisse ebenfalls in Anlehnung an das Göttinger Programm aufgestellt werden. Durch diese Beschlüsse hat der Parteitag zu erkennen gegeben, daß auch er, die in dem Beschluß von Götting zum Ausdruck kommende Anpassung des Partei-Programms an die Zeitverhältnisse für notwendig erachtet und, wie es Genosse Dr. Zint in seinem klaren, gut durchdachten, zielweisenden Vortrage treffend ausführte, die geistige Umstellung der Partei von der früheren Agitationspartei zur praktischen Arbeit vornehmen will.

Einen weiteren wichtigen Beschluß faßte der Parteitag in der Organisationsfrage. Durch das neue Organisationsstatut, das unter eifriger Mitarbeit der Delegierten zur Verabschiedung kam, sollen alle Mitglieder der Partei unter einer einheitlichen Leitung strenger als bisher zusammengefaßt und so die Parteiarbeit nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Es bestand wohl auf dem gestrigen Parteitage weder bei den mit der zukünftigen Leitung der Partei beauftragten Genossen wie auch bei den Delegierten aus Stadt und Land keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber, daß eifriger als bisher an dem Ausbau der Parteiorganisation und der Ausbreitung der sozialistischen Ziele gearbeitet werden soll. Dazu gehört natürlich, daß das Statut mit dem frischen Geiste erfüllt wird, mit dem es geboren wurde.

Der umfassende Bericht, den die Volkstagsfraktion durch den Mund des Genossen Behl erstatten ließ, gab ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten, mit denen die Fraktion im Volkstage zu kämpfen hat. Die Gründe, die Gen. Behl in seiner Einleitung dafür angab und die in allererster Linie in der schwachen und außerdem noch gespaltenen Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament bestehen, reden eine eindringliche Sprache und weisen die Parteimitglieder immer wieder darauf hin, wo der Hebel anzusetzen ist. Durch einen Beschluß, die Fraktion zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit den übrigen sozialistischen Fraktionen zu ermächtigen, ist die Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Arbeit der sozialistischen Fraktionen im Volkstage geschaffen, vorausgesetzt, daß die übrigen Fraktionen den Willen zur praktischen parlamentarischen Arbeit für die werktätige Bevölkerung mehr als bisher finden.

So hat der Parteitag auf allen Gebieten die Wege zu einer ersprießlichen Arbeit für die Partei und somit für die schaffenden Stände geebnet. Schwere Kämpfe stehen der arbeitenden Bevölkerung in diesem Winter bevor. Sie werden nur dann zugunsten der Arbeiterschaft zu Ende geführt werden können, wenn alle Parteimitglieder tatkräftig im Sinne der Beschlüsse des gestrigen Parteitages an die Arbeit gehen, den Ausbau der Partei fördern, neue Mitglieder werben und überall für die Ausbreitung der sozialistischen Idee sorgen. Wir wollen uns die Schlussworte des neu zum Vorsitzenden gewählten Genossen Brill zu eigen machen, indem wir, wie er den Delegierten, allen Parteimitgliedern zurufen:

Auf zur Offensive!

### Preußens neue Regierung.

Genosse Otto Braun Ministerpräsident.

Der preußische Landtag trat am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr zusammen, vertagte sodann aber die Sitzung auf abends 8 Uhr, in welcher dann die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen wurde. Zwischen den Fraktionen war eine Vereinbarung über die Zusammensetzung des preußischen Kabinetts zustande gekommen und wurde Genosse Otto Braun mit 197 von 338 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die einzelnen Ressorts der Regierung verteilen sich folgendermaßen:

Dr. Wendorff (Dem.) Landwirtschaft,  
Severing (Soz.) Inneres,  
Siering (Soz.) Handel,  
Dr. Böllig (Dt. Sp.) Unterricht,  
Dr. v. Richter (Dt. Sp.) Finanzen,  
Dr. am Jeknhof (Z.) Justiz,  
Siegewald (Z.) Wohlfahrt.

Die Annahme des Wohlfahrtsministeriums hat Siegewart jedoch noch nicht erklärt.

### Eine Drohung Radeks an Polen.

In der Moskauer „Pravda“ schreibt Radek zum Einfall der ukrainischen Pilsjura-Abteilungen in das Gebiet der Sowjet-Ukraine: „Niemand kann annehmen, daß dies ohne Wissen der polnischen Behörden geschehen konnte. Wir glauben gern, daß das polnische Außenministerium von den Vorbereitungen der Militärtruppe nichts wußte und daß es darüber nicht sehr erfreut ist aus Besorgnis vor dem schlechten Eindruck, den diese ununterbrochenen Abenteuer im Ausland hervorrufen.“ „Wenn Pilsudski“, fährt Radek fort, „von seiner eigenen Regierung nicht gebändigt werden könnte, müßte Sowjetrußland der polnischen Regierung in entschiedenster Weise erklären, daß Rußland selbst genötigt sein werde, diesen „zugelassenen Abenteuer“ zur Vernunft zu bringen; dabei werde Sowjetrußland Pilsudski nicht den Gefallen erweisen, sich von seinen Provokationen reizen zu lassen und polnisches Gebiet zu betreten.“

Die Petersburger „Krasnaja Gaset“ spricht die Überzeugung aus, daß der Einfall der organisierten ukrainischen Abteilungen abgewehrt werden würde; die rote Armee würde die ukrainische Bevölkerung entwaffnen.

### Ein Vertrag zwischen Moskau und Amsterdam.

Die sowjetamtliche Zentralfraktionskommission hat den Vertrag bestätigt, der kürzlich in Berlin von den Vertretern der Sowjetregierung Kopp, Jonow und Bratman-Brodowski mit den Vertretern des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes Fimmen und Grahmann abgeschlossen worden ist. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale errichtet in Rußland zum Zwecke der Hungerhilfe ihre Vertretung. Die Sowjetregierung gewährt deren Mitarbeitern die gleichen Rechte, wie sie die Mitarbeiter der amerikanischen Hilfsadministration, des deutschen Roten Kreuzes und der Nansen-Hilfe genießen. Alle Güter der Gewerkschaftsinternationale in Sowjetrußland bilden ihr unantastbares Eigentum. Ihrerseits soll die Vertretung in Abereinrichtung mit der sowjetamtlichen Hilfskommission arbeiten, und ihre Mitglieder haben sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten. — Der Gewerkschaftsbund hat für die Hilfsaktion bereits 10 Millionen Mark angewiesen; weitere 100 Millionen sollen bereitgestellt werden.

### Die Neuorientierung Deutschlands zum Osten.

Jetzt machen sich die Wirkungen gewisser Vorgänge auf dem Gebiete der Weltpolitik auch im Auswärtigen Amt in Berlin geltend. Der bisherige Leiter der Abteilung Osteuropa, Ministerialdirektor Behrendt ist zurückgetreten und mit der Führung der Geschäfte der Abteilung ist der bisherige Referent für sowjetrussische Angelegenheiten, von Maltzahn, betraut worden. Dieser gehörte bis zur Übernahme des genannten Referats der deutschen Gesandtschaft in Haag unter dem bisherigen Außenminister Dr. Rosen an. Geheimrat v. Maltzahn hat alsbald nach Übernahme seines neuen Postens alle Referate der Abteilung Osteuropa, zu der Rußland, die Randstaaten, Polen und Oberschlesien gehören, durch neue Männer besetzt, die ihm in ihrer politischen Ueberzeugung und nach ihren Fähigkeiten aus ihrer gemeinsamen Tätigkeit in Haag genau bekannt sind. Wie man sagt, bedeutet dieser umfangreiche Personalwechsel einer der zurzeit wichtigsten Abteilungen des Reichsministeriums des Auswärtigen zugleich einen Wechsel des politischen Systems und der ganzen Einstellung auf die zurzeit schwebenden Ostprobleme. Herrn von Maltzahn hat man in der Zeit seiner Referententätigkeit in sowjetrussischen Fragen nachgerühmt, daß er die Zeit und ihre Erfordernisse durchaus verstehe und die Beziehungen zu Sowjetrußland in einer Weise auszugestalten bemüht habe, die durchaus den hervorragenden Interessen Deutschlands in Sowjetrußland Rechnung trage. Wenn man sich vor Augen hält, welche grundlegenden Veränderungen in der allerletzten Zeit in der auswärtigen Politik der Moskauer Regierung eingetreten sind, so wird man verstehen, daß es in seiner Hinsicht gleichgültig sein kann, in welcher Richtung dazu das Auswärtige Amt eingestellt ist. In der deutschen Öffentlichkeit ist gerade in den letzten Tagen die Ankündigung viel besprochen worden, daß die sowjetrussische Regierung bereit sei, die Schulden an das Ausland aus juristischer Zeit, besonders die französischen Währungsanleihen, anzuerkennen. Mit Recht ist dabei gesagt worden, daß dies der Schlüssel einer Entwicklung sei, die Sowjetrußland unter dem Druck der Verhältnisse systematisch in den Rahmen der Weltwirtschaft wieder einfüge, und es braucht nicht besonders betont zu werden, daß auch Deutschland unter Anspannung all der ihm heute zur Verfügung stehenden Kräfte zusehen muß, in dem Wettbewerb der Völker um den sowjetrussischen Markt nicht ganz ins Hintertreffen zu geraten. Die Kommunisten vertreten immer wieder die Theorie, daß Deutschland und Rußland, wenn sie vereint zusammenstünden, der Welt das wirtschaftspolitische Gesetz vorschreiben könnten. In dieser Form läßt sich eine solche Annahme natürlich nicht vollständig halten, wohl aber ist es unbestreitbar, daß Rußland und Deutschland mehr aufeinander angewiesen sind und größere Interessen gemeinsam haben, als etwa Rußland und England oder Rußland und Frankreich. Der Vorteil einer deutsch-russischen Zusammenarbeit, deren Aussichten wir gewiß nicht überschätzen wollen, liegt darin, daß in diesem Fall Rußland nicht nur der gebende Teil sein würde wie gegenüber England und Frankreich, und gerade aus diesem Gesichtswinkel heraus muß man das Reizement im Auswärtigen Amt lebhaft begrüßen.

### Russische Hoffnung auf Unterstützung.

Die Mitteilung, daß die Unterzeichnung der Note über die Anerkennung der alten Auslandsschulden erst nach festigen Auseinandersetzungen innerhalb der Moskauer Regierung erfolgt ist, findet ihre Bestätigung in einem Artikel der amtlichen Petersburger „Pravda“, die mit einiger Verzögerung nunmehr offen zugibt, daß die Regierung lange geschwankt habe, bevor sie die Note unterzeichnete. Unstreitig, so betont das Blatt, bringe die Sowjetregierung mit diesem Schritt gewaltige Opfer und sehe sich schweren Herzens zu Zugeständnissen veranlaßt; es sei zu hoffen, daß das Weltproletariat das Unvermögen Sowjetrußlands einsehen werde, mit eigenen Kräften den Hunger und die wirtschaftliche Zerrüttung zu überwinden.

Also doch noch! Das Reichsgericht hat gegen die wegen Beteiligung am Rapp-Putsch angeklagten v. Jagow, von Wangenheim und Schiele Termin für den 7. Dezember in Aussicht genommen.



„Zum Teil hat es sich übrigens, wie aus bestimmten Angaben entnehmen ist, auch um beabsichtigte Verchiebung von Gütern nach Polen durch die Besetzer gehandelt.“

Hiermit wird bestätigt, was Eingeworbene schon lange  
mühten, daß zwischen Deutschland und Polen ein schwunghafter und ganz offen betriebener Schieberhandelsverkehr

In Rüksberg fehlen natürlich die Waggon. Doch wird davon erst dann Aufheben gemacht, wenn der angebliche Empfänger oder der Absender der verschobenen Güter noch die Inanspruchnahme besitzt und Schadenerschaftsprüche gegen die Eisenbahnverwaltung geltend macht, denen sich diese gar nicht entziehen kann. Gewöhnlich aber wird der Waggon weder von dem Empfänger noch von dem Absender beschlagnahmt, und die Eisenbahn ist froh, von den Polen ihre leeren Waggon wiederzuerhalten.

„Acht, wer schüchtern“ unterbrach ihn Gertrude; aber er fuhr unerschrocken fort: „Bismarck sich doch mit, wie oft, wenn wir unterreden, den armen Kindern ihre geistlichen Aeltern mit Zinnen-

Im ersten Moment hatte er fast die Fassung verloren, denn da er wahrhaft keine Nothen für sich bemerkte, wieder zu nähern schickte, gab sie seinem Wohlsein Muth, einen zu betreten. Doch, daß es nicht umsonst war, sah er, als er den ersten Schritt that, zum Glück, der Noth stand er nicht.

"Gut noch alle Zeit," erwiderte sie lachend, "überlassen Sie sich nicht, mich zu ärgern! Denn!" Dann fuhr sie etwas ruhiger fort, "Der Vater hat mich anders erzogen; ich habe für mich abgemacht, was die Gesellschaft betrifft, so will nichts davon wissen er befindet sich ausser allen weiteren Gedanken daran, so leben wir ab!"

„Kontakts“ werde ich mir das efflorie Gegenstand von seinen  
Kontakts sein und auch weniger und, in ein solches Verhältnis  
zu ihm wegen: denn du weißt, daß er die Dinge lang nachträgt und  
gibt, daß wir die großen Gegenstände, die wir die Dinge lang nachträgt und

Die Bleiweiß-Kommission der Internationalen Arbeitskonferenz beschloß, eine Untersuchung von medizinisch-sachverständiger Seite über die Schädlichkeit des Bleiweiß, das Austritten der Erkrankungen und deren Folgen, über den technischen Wert der Erbsamittel und die wirtschaftlichen Folgen der Anwendung der Erbsamittel anstellen zu lassen.

„Geben lassen! Und du laßst und wilst wirklich die Dinge so gehen lassen?“

Diese Rede hielt die siebzehnjährige Schöne mit schmerzlicher Trostendehel und Kühnheit, indem sie die Muder wieder ergriff und landeinwärts schenerte. Dort fuhr neben ihr, voll Sorgen und Furcht, und nicht minder voll Kummer über Hermians Worte. Sie freute sich halb und halb, den Wildfang in Sorgen zu wissen, war aber doch auch nachdenklich über den Inhalt des Gesprächs und besonders über die wöchentlichen Trennung, welche sie sich auferlegt hatte.



## Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Danzig am 5. und 6. November 1921.

Im großen Saale des mit frischem Grün und leuchtend roten Emblemen reich geschmückten alten Parteilokales Zieppuhn trafen Sonnabend abend die Delegierten der Parteifraktion zu einem außerordentlichen Parteitag zusammen. Als Vertreter der deutschen Bruderorganisation ist Gen. Mollenbush erschienen.

Gen. Frooken heißt die Erschienen im Namen des Orts- und Landesvorstandes herzlich willkommen und begrüßt insbesondere den alten Partei-Veteranen Mollenbush. Nebenbei hervor, daß die Delegierten zu wichtigen Beratungen zusammen gekommen sind. Wenn wir auch vom deutschen Mutterlande abgetrennt sind, so kann doch keine Macht der Welt das Band zerreißen, das uns mit unseren Arbeitsbrüdern im Reich verbindet. Mit großem Interesse verfolgen wir die Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darum ist ein Bericht vom Görtlicher Parteitag vorzulesen. Gen. Frooken schließt mit dem Wunsch, daß die Arbeiten des außerordentlichen Parteitages der Partei zum Segen gereichen mögen.

Der Gesangsverein „Sängergruß“ erfreute die Erschienen durch stimmvolle Vorträge der Lieder „Ich warte dein“, „Sturm“ und „Der Sturm“.

Genosse Frooken eröffnet hierauf den Parteitag und gibt folgende Tagesordnung bekannt:

1. Bericht vom Görtlicher Parteitag. Ref.: Gen. S. Mollenbush.
2. Das Görtlicher Programm. Ref. Gen. Dr. Jint.
3. Bericht der Volksstagsfraktion. Ref. Gen. Gehl.
4. Das Organisationsstatut. Ref. Gen. Frooken.
5. Anträge.
6. Wahl des Landesvorstandes und der Pressekommission.

Wegen der Tagesordnung werden Einwendungen nicht erhoben. Der vorgeschlagene Geschäftsordnung wird gleichfalls zugestimmt.

Zur Leitung des Parteitages werden gewählt die Gen. Brill-Ohra und Mathien-Poppot als Vorsitzende, die Genossen Mühm-Danzig und Garmann-Stäblau und die Genossen Malikowski-Danzig als Schriftführer. In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert die Gen. Gändel-Danzig, Laß-Landesvorstand, Gähle-Stiegen.

Gen. Brill übernimmt den Vorsitz und erteilt dem Gen. Mollenbush vom deutschen Parteivorstand das Wort zu einem

### Bericht über den Görtlicher Parteitag.

Gen. Mollenbush überbringt die Grüße des Parteivorstandes. Es ist schmerzlich, daß Danzig nicht mehr ein Stützpunkt der Deutschen Partei ist. Aber wir bleiben dennoch verbunden durch das Band der Internationalen. Wir sind enger verbunden als andere Länder, weil wir auch innerlich verbunden sind. Es ist darum bezeichnend, wenn Danzigs Genossen den Verlauf des Görtlicher Parteitages aufmerksam verfolgen. In der Geschichte der Partei ist der Görtlicher Parteitag außerordentlich bedeutungsvoll. Man bemerkte eine

### Vormwärtsentwicklung und neuer Kampfesmut

zeigte sich. In den letzten Jahren konnte man mit Besorgnis auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung blicken. Sie war gespalten und die Arbeiter bekämpften sich untereinander. Es wurde befürchtet, daß die Partei in Stücke ging. Jetzt ist die sozialdemokratische Partei in eine aufsteigende Kurve eingetreten, das ist auch in Görtzig stark in Erscheinung gekommen. Der Bericht des Parteivorstandes weist 674 Ortsvereine nach, das ist ein Mehr von 300 gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl der Mitglieder ist auf 1.221.000 gestiegen, einer Zahl, wie sie die Partei zu keiner Zeit erreicht hat. Durch die Ortsvereinsklassen sind 20 Millionen Mark gegangen. Das ist nach früheren Begriffen eine fabelhafte Summe. Eine Stärkung der Partei ist notwendig, wenn wir an die Verwirklichung unserer Ziele gehen wollen. Bei den letzten Wahlen im Reich trat ein Aufschwung der Partei klar zutage, nachdem bei der Reichstagswahl 1920 die Sozialdemokratie zum ersten Male seit ihrem Bestehen einen Stimmenrückgang zu verzeichnen hatte. Schuld daran war der rückfällige Kampf der Unabhängigen. Bei den letzten Wahlen in Berlin hat unsere Partei an Stimmen zugenommen, aber die Gesamtzahl der für die drei Arbeiterparteien abgegebenen Stimmen ist zurückgegangen. Letzteres muß jeden aufrichtigen Sozialdemokraten mit Trauer erfüllen. Auch bei den Landtagswahlen konnte unsere Partei erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen. Die U.S.P. hat mehr Stimmen verloren als die Kommunisten gewonnen haben, daraus ergibt sich, daß viele Arbeiter in das Lager der Nichtwähler gegangen sind.

Nach dem Sturm der Revolution hätte eine einzige sozialistische Arbeiterkraft eine

### Mehrheit in der Nationalversammlung

erreicht. Die Putsche im Januar und März 1919 sind nicht schuldig daran, daß die Mehrheit nicht erreicht wurde. Mit der U.S.P. im Jahre 1920 in großer Zahl in den Reichstag eingetreten, wurde sie aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Die Unabhängigen lehnten die Aufforderung ab und veranlaßten so die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung.

### Die Sozialdemokratische Partei ist die stärkste Partei

im Reich und auch in den meisten Ländern. Aber sie ist nicht so stark, um allein eine Regierung zu bilden. Es entsteht nun die Frage, soll die Partei aus der Regierung fortbleiben oder soll eine Koalitionsregierung mit anderen Parteien gebildet werden. Die Resolution des städtischen Parteitages be-

engte die Bewegungsfreiheit der Partei, weil dadurch die Möglichkeit einer Regierungsabstimmung mit der Deutschen Volkspartei verhindert wurde. Infolge dieses Beschlusses entbanden in den Landtagen einzelner Länder Schwierigkeiten und wir mußten wichtige Machtpositionen aufgeben. Es hat sich gezeigt, daß es verfehlt ist, über die Zeit hinaus zu entscheiden. Der Görtlicher Parteitag hat deshalb den Beschlus beschlossen geändert. Für die Sozialdemokratie besteht jetzt die Möglichkeit, mit den Parteien eine Regierung zu bilden, die für die Erhaltung der Republik eintreten. Nur auf dem Wege der republikanischen Staatsform können wir unser Ziel verwirklichen. Die Vorbedingungen zur Verwirklichung unserer Ziele sind gegeben, wenn wir über die Mehrheit verfügen. Wir müssen neben bürgerlichen Parteien an der Regierung teilnehmen, weil sonst eine rein bürgerliche Regierung gebildet wird.

### Jede Teilnahme an der Regierung bedeutet eine Machtposition.

weil die Regierung die Befehle vorlegt und ihre Durchführung überwacht. Was eine rein bürgerliche Regierung bedeutet, zeigt sich an Bayern und Ungarn. In Preußen hat sich jetzt eine Regierung gebildet, in der neben Sozialdemokraten auch Volksparteiler sitzen. Man muß die Volkspartei nicht als ein geschlossenes Ganzes ansehen. Namhafte Führer dieser Partei haben erklärt, für die Erhaltung der Republik einzutreten. In der Volkspartei bestehen auch monarchistische Strömungen und eine Schwelbung der Gruppen wäre für das politische Leben von großem Nutzen. Der Bestand der Republik wird gesichert, wenn auch das Bürgerrecht für sie eintritt. In Frankreich sind die monarchistischen Strömungen machtlos, weil weite Kreise des Bürgertums republikanisch gesinnt sind. Der Görtlicher Parteitag hat sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und mit 20 gegen 60 Stimmen die Resolution angenommen, die der Partei Bewegungsfreiheit gibt.

Neben den tatsächlichen Fragen beschäftigte sich der Görtlicher Parteitag mit der

### Schaffung eines Parteiprogramms.

Das Parteiprogramm ist wiederholt geändert worden. Das erste Arbeiterprogramm stammte von Lassalle, mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Das Erfurter Programm war damals noch gar nicht möglich, weil Deutschland zu damaliger Zeit ein Agrarstaat war. In Süd- und Mitteldeutschland entstanden Arbeitervereine, die sich 1869 in Eisenach ein Programm gaben. 1875 vereinigten sich die Parteien und gaben sich auf dem Gothaer Einigungslongreß ein einheitliches Programm. Marx hat das Programm verurteilt, trotzdem hat es sich unter dem Sozialistengeiste bewährt. 1891 wurde dann das Erfurter Programm geschaffen, das sich bis jetzt erhalten hat. Manche seiner Forderungen sind inzwischen verwirklicht worden. Was früher in nebelhafter Ferne lag, ist heute

### Gegenstand praktischer Politik.

Wir brauchen nicht ein Agitations-, sondern ein Aktionsprogramm. In mehr als 1000 Gemeinden sind unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften. Für diese Arbeiten muß eine Richtschnur gegeben werden. Der Görtlicher Parteitag hat sich seiner Aufgabe erledigt und ein Programm geschaffen, das sich in der Welt sehen lassen kann. Genau so wie das Erfurter Programm von ausländischen Bruderorganisationen übernommen wurde, wird auch das Görtlicher Programm vom Ausland Nachahmung finden. Das Programm soll Richtschnur und Werkzeug im Tageskampf sein. Auch ich glaube an eine Weltrevolution, aber sie wird sich anders vollziehen, wie die meisten glauben. Revolution ist nicht da, wo Blut fließt. Gewalt ist ein Mittel der Reaktion. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist wirkliche Revolution. Kleine Dinge wirken oft revolutionierend. Karl Marx pries die Einführung des 10-Stundentages in England als Sieg einer neuen Idee. Ummäntelungen von gleicher Bedeutung vollziehen sich in Deutschland jährlich ein Dutzend. Die Häufung scheinbar kleiner Verbesserungen kann in ihrer Gesamtwirkung eine große Revolution darstellen. Andere Länder werden unserem Beispiel folgen. Es ist falsch russische Vorbilder slavisch zu übertragen, man muß

### an die Vergangenheit des eigenen Landes anknüpfen.

Das Programm ist geschaffen, um auch den letzten Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen und die noch fernstehenden der Partei als neue Kämpfer aufzuführen. Sobald wir die Mehrheit erreicht haben, können wir unsere Forderungen schneller verwirklichen. Einer wirklichen Endkampf wird es nicht geben, da die Entwicklung nicht stillsteht. Der Görtlicher Parteitag bedeutet einen Schritt vorwärts in der Gesamtentwicklung zum Segen des Proletariats. (Beifall.)

Genosse Brill dankt dem Gen. Mollenbush und betont, daß wir zwar von der deutschen Republik abgetrennt, aber trotzdem eng verbunden fühlen mit unseren deutschen Arbeitsbrüdern. Wir verfolgen mit Interesse die deutschen Kämpfe, weil sie zum Teil auch unsere Kämpfe sind. Wir werden die internationale Solidarität weiter leben und pflegen. Auf Vorschlag des Redners vertagt sich der Parteitag dann auf Sonntag morgen 9 Uhr.

Die Delegierten und zahlreiche Danziger Genossen und Genossinnen vereinigten sich zu einem zwanglosen Beisammensein. Die Arbeiterjugend bot einige der gern gesehnen Volztänze. Gen. Müller erfreute durch den Vortrag der schlichten Volkswesen. Ein Sohn des Volkes! Musikalische Darbietungen der Jugendlichen fanden dankbare Zuhörer. Der Vortragskünstler Emil Schachmann unterhielt die Anwesenden mit ernst und heiteren Vorträgen aufs Beste, bis um 11 Uhr die Scheideklinge schlug.

## Die Haupttagung.

Der Vorsitzende Gen. Brill eröffnet die Sitzung am Sonntag um 10 Uhr vormittags. Er teilt mit, daß als weiterer Gast der Genosse Jittlau-Bromberg als Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Partei in Polen erschienen ist und begrüßt ihn auf das herzlichste.

Genosse Jittlau-Bromberg: Im Auftrage unseres Parteivorstandes überbringe ich die besten Grüße der deutschen Sozialdemokratie Polens. Wir verfolgen mit großem Interesse das Wirken der Danziger Partei und bringen insbesondere der heutigen Tagung großes Interesse entgegen. Wir haben bis vor kurzem mit Ihnen gemeinsam in einer Einheitspartei zusammengearbeitet. Von Genossen aus Danzig wurde der Samen des Sozialismus in unserm jetzt von Deutschland losgerissenen Gebiet ausgestreut. Uns ist die Aufgabe zugefallen, unter den schwierigsten Verhältnissen den Boden weiter zu beackern. Wir hoffen auch fernerhin auf die Mitarbeit und Unterstützung der Danziger Partei. Die wirtschaftliche Verbindung von Polen und Danzig wird die Beziehungen der sozialdemokratischen Parteien dieser Staaten noch enger als bisher gestalten. Je erfolgreicher die Partei in Danzig wirkt, je stärker ihre Kampfesfront ist, je leichter wird uns die Arbeit. Wir wünschen, daß recht bald die Stunde kommt, die den Bruderkampf aus Ihren Reihen verbannt. Die Klassenbewußten Arbeiter in Pommern haben sich in einer einheitlichen sozialistischen Kampfesfront zusammengefunden. Schwer ist der Kampf, den wir gegen die übermächtige polnische Reaktion zu führen haben. Durch reißende Arbeit hoffen wir, auch in Polen unserer Sache zum Siege zu verhelfen. (Beif. Beifall.)

Genosse Brill dankt dem Redner für seine freundlichen Grüße. Die Danziger Partei wird immer bereit sein, die Partei in Polen in ihrem schweren Kampf mit Rat und Tat zu unterstützen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erhält darauf Genosse Dr. Jint zu seinem Vortrage über

### „Das Görtlicher Programm“

das Wort. Seine instruktive gedankenreiche Rede werden wir morgen ausführlich zum Abdruck bringen.

Gemäß dem vom Gen. Dr. Jint in seinem Vortrage gemachten Vorschlage wird die Einsetzung einer Programmkommission beschlossen. Diese soll unter Zugrundelegung des theoretischen Teils und unter Anlehnung an den praktischen Teil des Görtlicher Programms ein Programm für die Sozialdemokratische Partei im Freistaat ausarbeiten und dem nächsten Parteitag unterbreiten. Diesen Vorschlägen wird ohne Debatte zugestimmt. In die Programmkommission werden gewählt die Genossen Dr. Jint, Gehl, Dr. Bing-Brill, Frooken und Grodnight-Schöneberg.

### Anschließend erstattet die

### Mandatsprüfungskommission

ihren Bericht. Nach diesem sind auf dem Parteitag als stimmberechtigt anwesend: der Ortsverein Danzig-Stadt mit 12, die Ortsvereine des Landgebietes mit 23, der Landesvorstand mit 6, die Pressekommission mit 4, die Kontrollkommission mit 3, die Volksstagsfraktion mit 3 Vertretern. Ferner je ein Vertreter der Redaktion und der Geschäftsleitung der „Volksstimme“. Zum 3. Punkt der Tagesordnung erstattet Genosse Gehl einen ausführlichen Bericht über

### die Tätigkeit der Volksstagsfraktion.

Auch diese Ausführungen haben wir zur eingehenden Wiedergabe für die morgige Ausgabe zurückgestellt.

Der Vorsitzende Gen. Brill eröffnet die Diskussion über die Tätigkeit der Volksstagsfraktion und gibt Kenntnis von folgender Entschlieung:

Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Arbeit der Volksstagsfraktion und erkennt an, daß von ihr alles getan ist, was im Interesse der Danziger Bevölkerung, namentlich der minderbemittelten Kreise, gelegen hat.

Der Parteitag spricht deshalb der Volksstagsfraktion das Vertrauen aus und erwartet von allen Genossen, daß sie geschlossen hinter unseren Abgeordneten stehen.

Der Parteitag nimmt gleichzeitig mit Bedauern Kenntnis, daß die Arbeit der Volksstagsfraktion durch die Zerspaltung der wertvollen Bevölkerung in drei Arbeiterparteien und die geschlossene Gegnerfront des Bürgerblocks im Volkstage wenig fruchtbringend gestaltet werden konnte.

Der Parteitag hofft, daß die gemeinsame schwere Not, in der sich die Arbeiterschaft, weite Kreise des Beamtenums und des Mittelstandes gegenwärtig befinden, dazu beitragen wird, die Gegensätze unter den Arbeiterparteien zu beseitigen und wenn die Fraktion es für zweckmäßig erachtet, eine Arbeitsgemeinschaft mit anderen sozialistischen Fraktionen im Volkstage zu bilden.

Vom Ortsverein Neuteich liegt folgender Antrag vor: Der Parteitag wählt eine 15 gliedrige Kommission aus den Reihen der Delegierten, die die Vereinigung der beiden Danziger sozialistischen Parteien (SPD. und U.S.P.) in die Wege leitet. Der Kommission darf kein Mitglied des Landesvorstandes angehören.



Gen. Lehmann-Haubold ist mit der Haltung der Fraktion bei der Festlegung der Ausgleichszuschläge der Beamten nicht einverstanden. Der projektuale Zuschlag bringt nur den höheren Gehältern größere Zulagen, während die niedrigen Gehälter nur geringere Zuschläge erhalten. Der Antrag Reuteich ist abzulehnen, weil er als Zeichen von Schwäche gedeutet werden könnte.

Gen. Handel-Danzig rügt, daß es Schwierigkeiten macht, Volksabgeordnete als Versammlungsreferenten zu gewinnen, weil diese mit anderen Arbeiten überlastet sind. In Zukunft möge darin eine Änderung eintreten. Der Antrag Reuteich ist abzulehnen, weil die U.S.P. über kurz oder lang doch zu uns kommt.

Gen. Haake-Danzig hebt dem Antrag Reuteich freundlich gegenüber, bittet ihn aber abzulehnen, da er der U.S.P. neuen Agitationsstoff liefert. Die U.S.P. und die R.V.D. sind Schuld an der Vahmierung der Arbeiterschaft.

Gen. Meier-Reuteich begründet den Antrag des Ortsvereins Reuteich. In der U.S.P. herrsche heute eine andere Tendenz als zur Zeit der Spaltung. Die Sozialdemokratie solle als stärkste Partei noch einmal die Fahn zur baldigen Vereinigung führen. Redner bittet den Antrag anzunehmen.

Gen. Grobald-Schubert wünscht, daß sich die Fraktion mehr mit Gemeindepolitik befaßt. Er weist auf die schwierige Lage vieler Gemeinden in Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge hin. Redner stellt fest, daß auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion den finanzschwachen Gemeinden Zuschüsse überwiesen werden. Die Fraktion möge sich für die Neuregelung der Kommunalzuschüsse einsetzen, da durch den jetzigen Zustand die kleinen Handwerker auf dem Lande doppelt belastet werden. Eine Einigung der Arbeiterschaft wäre zu begrüßen.

Gen. Stankle-Cliva: Die Vereinigung aller Kopf- und Handarbeiter war von jeher Ziel unserer Partei. Trotzdem ist der Antrag Reuteich abzulehnen. Das Trennende zwischen uns und U.S.P. ist zum großen Teil verschwunden. Wir können warten, bis die U.S.P. selbst den Antrag auf Vereinigung stellt.

Gen. Haas-Badepont wünscht, daß Gen. Wehl in einem Vortrage die Steuerfrage eingehend behandelt. Bei den Einigungsverhandlungen vor 2 Jahren war man das größte Hindernis der Einigung. Die Landtagation der Kommunisten und der Unabhängigen hat den Landarbeitern durch die Belämpfung der Gewerkschaft sehr geschadet. Die Arbeiter kommen jetzt zu uns zurück. Wir haben keine Verantwortung, den Radfahrer der U.S.P. wieder zum Leben zu erwecken.

Gen. Einswardt-Schwalbe lehnt den Antrag Reuteich ab. Die U.S.P. ist gegen uns auf Lande radikal vorgegangen wie die deutschnationalen Hecker. Wenn jetzt eine Einigung zustande käme, würden viele Genossen in das unabhängige Jahrgewässer geraten.

Gen. Haack-Bundesvorstand: Die Anschauungen haben sich im Laufe der letzten zwei Jahre geändert. Der Antrag Reuteich ist gut gemeint, aber die U.S.P. erklärt nicht mehr. In Danzig besteht sie aus der unabhängigen Volksfraktion und dem Gewerksverein. Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen unserer Fraktion und der unabhängigen Fraktion wäre zu wünschen. Redner begrüßt den Vörlager Reuteich über die Koalitionspolitik.

Gen. Horschke-Danzig ist mit dem Bericht der Fraktion einverstanden. Der Antrag Reuteich ist abzulehnen, da die Einigung bereits einmal vollzogen und dann durch man zerfallen wurde.

Gen. Dr. Hing: Der Vörlager Parteitag wird seinen Schatten auch auf diesen Parteitag. Es hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß man nicht nur Opposition machen, sondern die Errungenschaften der Revolution mit aller Mühe bereichern muß. Die Zeit zur Vereinigung ist noch nicht gekommen. Die U.S.P. würde nicht bedingungslos überreten. Die Folge wären Verhandlungen und Kompromisse. Die Vertreter der U.S.P. im Volkstage sind untauglich und unangenehm. Wir haben nichts gewonnen, wenn wir uns mit diesen Teufeln vereinigen. Eine Arbeitsgemeinschaft würde keine Schwierigkeiten machen.

Gen. Plüsch-Danzig: Die Fraktion hat ihre Schuldigkeit getan, läßt aber den Ansprüchen der Polen mit mehr Nachdruck entgegenzutreten müssen. Auch in der Frage der Verfassungsänderung durch den Völkerbund hätte die S.P.D. eine andere Stellung einnehmen müssen. Der Völkerbund hätte nicht das Recht, die Verfassung zu ändern. Es ist Aufgabe des Volkes, sich eine Verfassung zu geben. Die Volksabgeordneten müssen sich mehr zur Agitation zur Verfügung stellen.

Genossin Walikow-Danzig bedauert, daß die Frauenbewegung nicht als gesonderter Punkt auf der Tagesordnung steht. Auf dem nächsten Parteitag möge das fehlende nachgeholt werden. Rednerin verweist auf die Wichtigkeit der Frauenbewegung. Sie ist für die Jugendbewegung und Gesamtbewegung von großer Bedeutung.

Gen. Wagnard-Danzig erkennt an, daß die Fraktion ihr Möglichstes getan hat. Bedauerlich ist, daß durch die Doppelmandate viele Abgeordnete in der Agitation behindert sind. Redner verlangt, daß Abgeordnete keine öffentlichen Geschäfte machen, damit nicht Gelegenheit zu Anfeindungen gegeben wird. Der Antrag Reuteich ehrt die Antragsteller. Auf diese

Weise kann jedoch keine Einigung erzielt werden. Die muß schrittweise von unten heraus erfolgen. Redner bittet die Antragsteller, den Antrag zurückzunehmen.

Gen. Weber: Der Antrag Reuteich ist zur Durchführung nicht geeignet. Solange die U.S.P. noch das Leipziger Aktionsprogramm mit der Forderung der Diktatur anerkennt, ist eine Einigung nicht möglich. Redner empfiehlt die Annahme einer von ihm eingebrachten Resolution, in der der Einigungswille der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht ist.

Ein Antrag des Gen. Schmidt-Danzig auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Bille-Roppot: Die Volksfraktion hat geleistet, was sie leisten konnte. Ihre Tätigkeit wird selbst von deutschen Parteikreisen anerkannt. Der Ausgleichszuschlag der Beamten hätte jedoch nicht in der beschlossenen Form festgelegt werden dürfen. Er hätte für die unteren und mittleren Beamten höher sein müssen. Eine Einigung muß von unten heraus kommen. Die Reuteicher mögen ihren Antrag zurückziehen, da seine Ablehnung, den Anschein erwecken könnte, daß die Sozialdemokratie die Einigung nicht wolle.

Gen. Bielewsky-Dr. Richter: Ich schildere wie die Gerechtigkeit und Befriedigung der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande für sich zu gewinnen suchen. Besonders wendet man sich an die Frauen und veranlaßt Zusammenkünfte bei Kaffee und Kuchen. Die männliche Bevölkerung versucht man für die Arbeitervereine zu gewinnen. Sonst Vertrauensmänner der S.P.D. sind Mitglieder des Arbeitervereins. Im Kreislag Großer Werder sitzen neben unseren 8 Genossen 7 Unabhängige und Kommunisten. Von letzteren haben bereits 8 ihr Amt niedergelegt, weil die Taten nicht hoch genug waren. Alle Verbesserungsanträge im Kreislag sind von unseren Genossen gestellt worden. Durch die Tätigkeit unserer Genossen in den Dorfparkamenten ist für die Arbeiterschaft viel herausgeholt worden.

Gen. Dr. Hing-Danzig bittet, die Resolution Weber abzulehnen, da in der Entscheidung zu der Tätigkeit des Volkstages alles gesagt ist.

Gen. Meier-Reuteich bedauert, daß der Antrag Reuteich so wenig Anklang gefunden hat. Wenn seine Einigung erzielt wird, ziehen wieder drei Arbeiterparteien in den nächsten Wahlkampf. Gen. Meier zieht hierauf den Antrag zurück.

Gen. Wehl gibt in seinem

#### Schlußwort

der Freude Ausdruck über die rege und sachliche Kritik. Bei der Beratung der Ausgleichszuschläge für die Beamten hat die sozialdemokratische Fraktion die deutschen Forderungen, die ja auch von den Blockparteien für die nichtslammäßigen Beamten verlangt wurden. Die Schaffung einer einheitlichen Ortsklasse für das ganze Reichsgebiet ist auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen. Es ist das ein Beweis, daß unsere Partei nicht beamtenfeindlich ist. Der Vorwurf, daß Abgeordnete unserer Fraktion unredliche Geschäfte gemacht haben, ist als Verleumdung scharf zurückgewiesen worden. Durch die Tätigkeit dieser Genossen ist der Kartoffelring gesprengt worden und eine Senkung der Kartoffelpreise herbeigeführt worden. Die Volksfraktion ist gern bereit, sich der landlichen Gemeinden anzuschließen und nimmt Anregungen dankbar entgegen. Wenn wir uns einig sein wollen, muß auch auf der Gegenseite der Willen zur Einigung vorhanden sein. Redner bittet, etwaige Maßnahmen dem Landesvorstand und der Volksfraktion zu überlassen.

Gen. Weber zieht darauf seine Entscheidung zurück. Die Resolution über die Tätigkeit der Volksfraktion wird dann einstimmig angenommen. Dieser Punkt der Tagesordnung war damit erledigt.

Es wird alsdann beschlossen, auf den demnächst stattfindenden Kreisvertreterversammlungen die Steuerfrage eingehend zu behandeln.

(Der Schluß des Berichtes folgt in der Dienstag-Nummer unserer Zeitung.)

### Ein außerordentlicher Bundestag der freien Gewerkschaften Westpolens

Am 30. und 31. Oktober in Bromberg statt. Außer dem Bundesvorstand, einer ansehnlichen Anzahl Vertreter der einzelnen Zirkale waren u. a. erschienen: Vertreter des Militärismus, Polen, der Zentralkommission der Berufsverbände, Polen, und der Bruderorganisation der Klassenverbände, Polen. Gutsdunkel fehlten der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, da die Zeit zur Erlangung der Genehmigung zu kurz war, ebenso der Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig.

Auf dem in gedrängter Form gegebenen Bericht des Vorsitzenden und Ritters ging zur Sprache hervor, daß sich die freien Gewerkschaften trotz erfolgter Organisationsleistungen der polnischen Berufsvereinigungen und der daraus folgenden Abwanderung dennoch weiter vorwärts entwickelt haben. Die Kritik an den Vorstandsberichten bewegte sich im Rahmen ruhiger Sachlichkeit und im Sinne, der zu Sache zu dienen. Der Klassenbericht bewies trotz der hohen Be-

setzung an Streikunkosten, die sich auf viele Ombertiansende bezieht, trotz der vielen Arbeitslosen, Umzugs- und anderen Unterhaltungen einen erfreulichen Fortschritt, so daß etwaigen bevorstehenden größeren Kämpfen ruhig entgegen gesehen werden kann. Zum Pressebericht wurde der Wunsch ausgesprochen, das Bundesorgan, den „Związkowiec“ unbedingt zu erhalten und weiter auszubauen, eventuell noch ein besonderes deutschsprachiges Blatt herauszugeben. Die Presse sei das beste Bindeglied zwischen Vorstand und Mitgliedern.

Die Frage der Lohnbewegung wurde vom Bundesvorstand in der Sitzung behandelt. In der sich anschließenden lebhaften und interessanten Diskussion sprachen sich einmütig sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, daß man sich in diesen anormalen Zeiten nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen kann. Vorstich gegenüber dem von den Arbeitgeberern beschlossenen allgemeinen Tarif für das ehemalige preussische Gebiet sei am Platze. Dem Vorstand wurde in dieser Hinsicht jede Vollmacht zu weiteren Entschlüssen erteilt, was nur zu billig ist, da es unklug wäre, sich irgendwie festzulegen, solange nicht diebestmögliche Vorlagen der Arbeitgeber vorhanden sind.

Nach dem Referat des Genossen Topolski, Polen, über den Antrag auf den Acht-Stunden-Tag kam ein einheitlicher Protest zum Ausdruck. Sämtliche Delegierten erklärten namens ihrer Organisationen, zu jeder Zeit bereit zu sein, den Plan des Finanzministers Bielewsky zwecks Befreiung des Acht-Stunden-Tages zu vereiteln und nötigenfalls zum Aufrufen zu greifen. Eine in diesem Sinne in Polnisch und Deutsch abgefaßte Resolution fand einstimmig Annahme.

Die Versammlungs- und Zentralfractionsfrage nahm die größte Zeit in Anspruch. Der Referent Gen. Kowalewski, Polen, brachte ein sehr reichhaltiges Material vor. Wenn man auch die grundsätzlich auf dem Boden der Zentralisation stehen, so sei die Zeit zu ihrer praktischen Durchführung noch nicht gekommen, solange das politische Verhältniß innerhalb der Gewerkschaften Kongresspolens bestünde. Die Vertreter der Zentralkommission, die sich für die baldmöglichste Zentralisation aussprachen, erklärten sich alle übrigen Redner im Sinne des Referenten.

Das Referat des Genossen Jittlau über die Statutenverordnungen wurde sehr sachgemäß und wirkungsvoll behandelt. Eine Resolution, bei den Wahlaktionen gemeinsam mit den sozialistischen Parteien vorzugehen, wurde angenommen.

Mit den Beschlüssen betr. der Statutenänderung können Bundesvorstand und Gewerkschaften zufrieden sein, da sie nur zur weiteren Stärkung der Klasse und zur erfolgreichen Führung des Kampfes für das Wohl der Arbeiterschaft geeignet sind. Dem Bundesvorstand ist auch weiterhin die Vollmacht zur weiteren Erhöhung der Beiträge ohne Urabstimmung erteilt worden.

In Anbetracht des Raummangetes ist es uns nicht möglich, alle Beschlüsse sowie die vielen interessanten Ausführungen und Vorschläge wiederzugeben.

Der Bundesvorstandende Maluszewski gab am Schluß der Verhandlungen, die sich bis spät nach acht Uhr abends des zweiten Verhandlungstages hinzogen, eine Zusammenfassung über die erfolgten Beratungen. Er stellte fest, daß wiederum reichhaltige Arbeit für das Wohl des Proletariats geleistet und daß man dem Ende bedeutend näher gekommen sei.

## Aus aller Welt.

Der größte Leuchtturm der Welt. Die französische Regierung, die dabei ist, in der Nähe von Le Bourget einen Flughafen anzulegen, der der größte Europas zu werden verspricht, wird für ihren internationalen Flugdienst auch den größten Leuchtturm der Welt besitzen. Er soll dem Luftverkehr von Paris mit Italien, Ägypten und dem Süden überhaupt dienen. Sein Leuchtturm hat eine Lichtstärke von nicht weniger als einer Million Kerzen und er verfügt über acht Linien, die den Schein über eine Strecke von 320 Kilometer entenden. Der Leuchtturm wird seinen Platz auf dem Gipfel des Mont Afrique erhalten, der sich in einer Höhe von rund 500 Meter, zirka 12 Kilometer von Dijon entfernt, erhebt.

Eine Beleidigung von Angehörigen der Reichswehr wurde dem bekannten Berliner Schriftsteller Dr. Kurt Tucholski in einer Anklage zur Last gelegt. Es handelt sich um einen von dem Angeklagten verfaßten Artikel „Offiziere“, der in der „Freiheit“ veröffentlicht worden war. Der Angeklagte behauptete, daß die scharfen Angriffe in dem Artikel nicht dazu bestimmt gewesen seien, Offiziere der Reichswehr zu beleidigen, sondern nur den Geist, der das frühere Offizierskorps beherrschte, an den Pranger zu stellen. Der Staatsanwalt beantragte 600 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da es nicht zu prüfen hatte, ob in dem Artikel überhaupt Beleidigungen enthalten sind, sondern lediglich zu prüfen, ob im Rahmen des Strafantrages Offiziere „in bezug auf ihren Beruf“ beleidigt sind. Dies hat das Gericht verneint.



**Halpaus** **Rittermeister**

QUALITÄT UNERREICHT

ohne Mundstück 20 Pfg. DIE NEUE DICKE ZIGARETTE mit Goldmundstück 25 Pfg.



[illegible]



# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
Montag, den 7. November, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten E 1.

## Lady Windermere's Fächer

Stomödie in vier Akten von Oscar Wilde.  
Spielführung: Heinz Brede. Inspektion: Emil Werner.  
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.  
Dienstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. „Die  
Räuberkinder.“ Märchenoper.  
Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Das  
Häutchen von Granada.“ Romantische Oper.  
Hierauf: Tanzbilder.  
Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2.  
„Die Hermannsfeier.“ Operette.  
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. „Nanon,  
die Wirtin vom goldenen Stamm.“ Operette.  
Sonnabend, abends 7 Uhr: Gebühre Preise. Ein-  
maliges Gastspiel Prof. Ferdinand Gregori,  
Berlin, „Nathan der Weise.“ Ein dramatisches  
Gebilde von W. G. Seffing. Nathan: Prof.  
Gregori als Gast.  
Sonntag, vormittags 11 Uhr: Mühle (literarische)  
Morgensfeier. Prof. Gregori: „Der frühe  
Goethe.“  
Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine  
Gültigkeit. Neu einstudiert: „Tilland.“ Trau-  
drama in 1 Akten von Eugen N. Albert.

## Wilhelm-Theater

Vertrag mit dem Stadttheater Danzig. Dir. Otto Hermann.

Heute, Montag, den 7. November,  
abends 7 Uhr  
Kasseneröffnung 6 Uhr.

## „Die Tanzgräfin“

Operette in 3 Akten. Musik von Rob. Stolz.

Morgen, Dienstag, d. 8. November,  
abends 8 Uhr  
Kasseneröffnung 7 Uhr.

## Stieberitz-Konzert

Vorverkauf in Danzigs City-Fremden, Kollnmarkt,  
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
in der Theaterkasse.

## „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Richard Scheer

Junkergasse 1a, an der Markthalle.

Verkauf von

## Weinen und Spirituosen

zu Originalpreisen der  
Kalkmischen Weinhandlung

## Pa. ostpr. Preßtorf

höchste Holzkraft

## Brennholz

Trockenes, gesundes und ofenfertiges  
Liefern ab Lager  
und frei Haus.  
Eintragungen in die Kundenliste zur Belieferung mit

Kohlen etc. erfolgen im Kontor

Paggenpohl 35 und Schuppen Karrenwallplatz.  
Klingbeil & Co.,  
Kohlenhandlung. (5235)

Philipp Scheldemann

## Der Über- Ludendorff

Ein neuer vernichtender  
Beitrag zur  
Dolchstoßlegende

Preis 80 Picent

zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht  
Am Spandhaus 6 u. Paradiesg. 32.

Umfangreiche Einkäufe noch rechtzeitig vor dem Eintritt  
der jetzigen Teuerung setzen uns in den Stand, unserer  
Kundschaft durch unser heutiges Angebot

## ganz bedeutende Vorteile

beim Einkauf von

## Seifen und Parfüms

zu gewähren.

### TOILETTE-SEIFEN

Blumenseife, in allen Gerüchen sortiert . Stück 2.25  
Lanolinseife, äußerst preiswert . . . . . Stück 3.50  
Mandelseife, sehr mild . . . . . Stück 3.75  
ff. Blumenseife, 3 Stück im Karton 11.50, Stück 3.90  
Luxus-Edelseife von Boehm . . . . . Stück 4.75  
Badesoife, extra große Stücke . . . 7.50, 6.50, 5.35  
Buttermilchseife v. Bergmann, best. Kinderseife St. 6.50  
„4711“ Kölnisch-Wasser-Seife „4711“ Stück 9.00  
„4711“ Luxus-Seife „4711“, Nelke, Flieder,  
Heliotrop, Maiglöckchen, Veilchen . . . . . Stück 12.00  
Lohses Lilienmilchseife . . . . . Stück 12.00

### Wirtschaftsseifen

Prima Kernseife . . Doppelstück 5.40, 5.25, 4.50  
Haushaltseife, weiße, . . . 1/2-Pfund-Stücke 7.00

### Rasierseifen

viereckige Stücke, stark schäumend . Stück 2.25, 1.50  
englische, in Stangen . . . . . Stück 4.50  
Ia von G. Lohse . . . . . Stück 15.00, 8.00  
Kaloderma, in Stangen . . . . . 10.00

### PARFÜMS

Probeparfüms, anhaltende Gerüche, Fl. 7.50, 5.00, 4.00  
Parfüm im Karton, alle Gerüche, Fl. 13.75, 11.50, 8.75  
Parfüm im Holztürmchen . . . . . Fl. 11.75  
Kölnisch Wasser, „Zur Stadt Rom“, Fl. 50.00, 25.00, 14.50  
Zimmer-Parfüm „Tannenduft“ . . . . . Flasche 29.50, 14.50  
Parfüm „Turf“ im Karton . . . . . Flasche 25.00, 15.00

Haarwasser „Antisepton“ . . . . . Flasche 25.00, 12.50  
Birkenwasser von Dralle . . . . . Flasche 30.00, 17.50  
Vitaline von Gustav Lohse . . . . . Flasche 19.50  
Flüssige Teerseife, d. Beste z. Kopfwäsche, Fl. 11.50, 8.75  
Haarfarbe „Neril“ von Dralle, in allen Farben . 15.00

### MUND- und ZAHNPFLEGE

Chlorodont-Zahnpaste, in Tuben . . . . 3.80, 2.25  
Kaliklora-Zahnpaste, in Tuben . . . . . 4.80, 3.00  
Zahnseife von Bergmann . . . . . 8.75, 6.50  
Mundwasser „4711“ . . . . . Flasche 12.00  
Mundwasser Gustav Lohse . . . . . Flasche 18.00  
Flüssige Zahnseife „Sapodont“ von Dralle, Fl. 12.00

Haarschmuck, frisiertkämmen in reicher Auswahl!

## Danziger Seifenhaus

Junkergasse 10-11, Ecke Breitgasse

Fernsprecher 3432

(5512)

## Reichshof-Palast

Im Hotel Reichshof.

Danzigs vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar.  
Täglich 4-Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen.

Victor Ritter

der populäre Berliner Humorist

## „Ein Abend im Reichshof-Palast“

Humorvolles Gesangs-Quartett mit

Ritter • Pollinger • Herold • Kambach

Tamara Kaminski in ihren Tanzschöpfungen.

Ab 7 1/2 Uhr: SOUPERS and à la carte.  
Salmusik: Palast-Orchester Wenz.

## Billig und doch gut

kaufen Sie moderne fertige

## Herren-Bekleidung

sowie gut sitzende Maßanfertigung

h. J. Czerninski

Danzig, Altstadt. Graben 96 97

Eingang Kleine Mühlengasse

## Volkshilfe

Bewirtschaftlich-Beschäfti-  
gungliche Verlehnungs-  
Kartensystem  
- Bierbekaffe. -  
kein Polizeiverfall.

Wichtige Tarife für  
Erwachsene und Kinder.  
Auskunft in den Bureaus  
der Arbeiterorganisationen  
und von der  
Schönungstraße 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Mattenbuden 35.

## Das Schulprogramm der Sozialdemokratie

von RICH. LOHMANN  
Ein prakt. Handbuch für  
Eltern, Lehrer und Er-  
zieher, in dem nicht nur  
die Forderungen der  
Sozialdemokratie zu-  
sammengefasst sind,  
sondern auch die mög-  
lichen Mittel zur Er-  
reichung der Ziele dargelegt  
werden.  
Preis Mark 4.50  
Buchhandlung  
„Volkswacht“  
Am Spandhaus 6 und  
Paradiesgasse 32.

## Keller, Schuppen oder Remise

zu mieten gesucht. Näher  
Schönungstraße, Schöpf-  
baum oder Tischlergasse.  
Offerten unt. V. 399 an die  
Expedition dieser Zeitung.

## Genossen, Leser und Gefinnungsfreunde

Gefühle,  
die nicht in  
eurer Zeitung in-  
fieren, verziehen auf  
eure Kundschaft! Be-  
rückichtigt daher bei  
euren Einkäufen  
nur die  
Interessen der  
„Danziger Volkswacht“.

## Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue  
Gebisse, Reparaturen in einem  
Tage. Spezialität: Gebisse ohne  
Platte. Gold-Kronen usw. unter  
voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses  
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-  
rechnung.

## Zusatz für Zahnleidende

Telef. Pfefferstadt 71 I Telef. 2621  
Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

## Massanfertigung

vornehmer Herren- u. Damengarderoben  
Gute Stoffe und Zutaten  
noch zu vorteilhaften Preisen. Reelle Bedienung.  
Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen.

Fr. Platzeck, Schneidemeister  
Tischlergasse Nr. 42, 2 Treppen. (5490)

## Kupfer, Messing Blei, Zink usw.

kauft zum Tagespreis (4900)  
Arndt, Junkergasse 8  
Pfefferstadt 31

## La trockenes ofenfertiges Staubenholz

Eiche, Buche, Zentner  
19.50 ab Lager Alt-  
Schottland 1/2. 15465  
Wilhelm Prillwitz.  
Telefon 2530.

## Heft 4 der Danziger Blossen ist soeben erschienen! Buchhandlung Volkswacht